

Dieter Rulff

A Social Democracy of Progress

Wie einer »Sozialdemokratie der Angst« diese genommen werden kann

Der jüngst verstorbene Tony Judt vertrat sein heftig debattiertes Konzept einer Social Democracy of fear, vor allem um vor den im Rückblick auf die europäische Geschichte absehbaren zerstörerischen Folgen einer Demontage des Sozialstaats und seiner Garantien sozialer Rechte zu warnen. Dem setzte der Autor das Modell einer Erwerbsgesellschaft mit Arbeitschancen für alle als progressives Medium sozialer Inklusion und Anerkennung entgegen.

Das Zukunftsbewusstsein der Gesellschaft ist von zwei Begriffen des Fortschritts geprägt: zum einen vom rechtsphilosophischen, der ihn in der Verwirklichung des Staatsbürgers durch die stete Vervollkommnung des (Rechts-)Staates erkennt, und zum anderen vom materiellen, der sich in der Mehrung der wissenschaftlichen Erkenntnisse, der Dynamik der Technik und der Produktivkräfte manifestiert. Jahrzehntlang wurden beide Komponenten als zwei Seiten der gleichen industriegesellschaftlichen Medaille begriffen und die Sozialdemokratie war stolz darauf, ihr die Prägung zu geben. Sie ließ die marxistische Teleologie, wonach die Entwicklung der Produktivkräfte erst den gesellschaftlichen Zusammenbruch bewirken müsse, um hernach die Verwirklichung des Bürgers zu ermöglichen, hinter sich. Sie machte den materiellen Fortschritt zum Motor des rechtsphilosophischen, indem sie dessen Dynamik staatlich einhegte. Sie war getragen von der Gewissheit, dass der Einzelne immer auch Produkt seiner Umstände ist, und von der Zuversicht, dass durch staatliche Steuerung und Beeinflussung dieser Umstände sich dessen Schicksal zum Besseren wenden lässt. Ihre Politik zielte immer auf die Vervollkommnung dieser Umstände. Das ist das Muster der großen sozialdemokratischen Erzählung, deren glanzvollstes Kapitel in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts spielt.



Dieter Rulff

(* 1953) war Redakteur von *Radio Glasnost*, Ressortleiter bei der *taz* und bei der Zeitschrift *Die Woche* und ist nun freier Autor und verantwortlicher Redakteur der gesellschaftspolitischen Vierteljahresschrift *vorgänge*.

dieter.rulff@freenet.de

Seitdem ist die Sozialdemokratie mit der paradoxen Situation konfrontiert, dass sie die beiden Typen des Fortschritts nicht mehr in politischen Einklang bringen kann, weil sich die Dynamik des materiellen durch die Globalisierung in einer Weise potenziert hat, dass der rechtsphilosophische in seiner nationalstaatlichen Begrenzung nicht mithalten kann. Letzterer erweist sich als Fessel des Ersten, und mit wem eben noch die neue Zeit zog, gilt plötzlich als strukturkonservativ.

Wer hingegen die Fesseln lockert, den Staat der Dynamik der Wirtschaft anpasst, zahlt mit gesellschaftlicher Substanz und verspielt, wie die SPD der Regierungszeit Schröder, politischen Kredit.

Das ist das Dilemma der Sozialdemokratie. Aus diesem Dilemma hat einer ihrer profiliertesten Vordenker, der Historiker Tony Judt, einen Ausweg gewiesen, der einer radikalen Umkehr gleichkommt. »Statt zu versuchen, eine optimistische Fortschrittssprache zu restaurieren«, empfiehlt er, »die Errungenschaften des 20. Jahr-

hundreds ins Gedächtnis zu rufen und gleichzeitig bewusst zu machen, welche gefährlichen Folgen unser blinder Eifer, diese abzuwracken, wahrscheinlich nach sich zieht«.

Denn vor uns liege ein Zeitalter der Unsicherheit. Deshalb habe die Linke etwas zu bewahren: den Sozialleistungsstaat, den öffentlichen Sektor, dessen Güter und Dienste unsere kollektive Identität und unsere Gemeinschaftsziele zum Ausdruck bringen und fördern, die Einrichtung von Sozialleistungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht, und ihre Bereitstellung als gesellschaftliche Verpflichtung. Die Aufgabe der Linken sieht er in der Rekonstruktion einer »guten Gesellschaft« auf Basis »einer moralischen Kritik der Unzulänglichkeiten des entfesselten Marktes oder eines unfähigen Staates«.

»Sollte die Sozialdemokratie eine Zukunft haben«, dann, so Judts Resümee, »als eine ›social democracy of fear‹.«

Eine Sozialdemokratie aus Furcht, das ist ein ganz anderer Refrain als: »mit uns zieht die neue Zeit«, doch scheint es die Melodie zu sein, die derzeit am ehesten als Ausklang zu sozialdemokratischen Parteitagen passt. Doch auf welche Furcht antwortet die Sozialdemokratie oder fürchtet sie sich gar selbst und wenn, wovon?

Rahmenbedingungen des »goldenen sozialdemokratischen Zeitalters«

Geschichte birgt keine Teleologie, sondern ist kontingent, zugleich ist es aber ein Wesenszug der Moderne, dass die Prozesse nach vorne hin offen sind und keine Grenzen kennen, was vor allem den notorischen Zukunftsoptimismus der Linken immer beflügelte. Gerade sie sind die »nimmersatten Zielverfolger« (Peter Sloterdijk), die sich gegen die konservative Anthropologie, nach welcher der Mensch satt werden könne, verwahrt haben. Was bedeutet es für diese Linke, wenn sie den

Status quo ante an die Stelle der Zukunft setzt? Sie reformiert im eigentlichen (lutherischen) Sinne des Wortes – und blendet aus, was diese Zukunft an Neuem, auch an neuen Herausforderungen bringt. Bezeichnenderweise richtet sich Judts sozialdemokratische Furcht weder auf den Klimawandel und die Grenzen des Wachstums noch auf *failing states* und die Verschiebungen globaler Vorherrschaften, auch nicht auf den demografischen Wandel. Nicht nur das Ziel, sondern auch die Art seiner Betrachtung siedelt in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Sie fokussiert sich ausschließlich auf den sozialdemokratischen Identitätskern, dessen Cleavage die soziale Frage ist.

Aber kann die Antwort auf diese Frage heute die gleiche sein wie sie seinerzeit formuliert wurde? Die Hochzeit des Sozialstaates, zu dessen Verteidigung Judt aufruft, war an historische Voraussetzungen, politische Konstellationen und einen Entwicklungsstand kapitalistischer Produktion gebunden, die einmalig waren. Niemand wusste das besser als er selbst, denn Judt war ein renommierter Historiker, der unter anderem ein Standardwerk über die europäische Nachkriegszeit verfasst hat. Darin kommt er zu dem Schluss dass das goldene sozialdemokratische Zeitalter eher eine Ausnahmesituation der Geschichte war, die auf der Kohäsion einer Nachkriegsgesellschaft, der politischen Blockkonfrontation und einem wirtschaftspolitischen Konzept beruhte, welches aus der Weltwirtschaftskrise den keynesianischen Schluss zog, dass der Staat Ökonomie und Gesellschaft zu beider Wohl überwölbend steuern müsse.

Aus der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise erwuchs die Erfahrung, dass durch staatliche Intervention, durch einen Mix von dirigistischen Maßnahmen, korporativen Absprachen und symbolischen Akten die Arbeitslosigkeit überwunden werden kann. Was in den USA der *New Deal* Theodor Roosevelts vollbrachte, das

bewirkte in Deutschland das totalitäre System der Nationalsozialisten. Wesentliche Bestandteile des deutschen Sozialstaatsmodells wurden in dieser Zeit angelegt und viele davon wurden nach Gründung der Bundesrepublik übernommen. Eine vorher unbekannte soziale Aufwärtsmobilität absorbierte nicht nur die Flüchtlingsströme aus dem Osten, sondern sorgte auch für industrielle Beschäftigung der zuvor im Agrarsektor Tätigen, die noch in den 20er Jahren die soziale Basis der nationalsozialistischen Bewegung gebildet hatten.

Die Kämpfe der Weimarer Klassengesellschaft transformierten sich in die Umverteilungskonflikte der nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Das Wohlstandsmodell Deutschland basierte auf einer Prosperitätskonstellation, die auf der Förderung der Bau- und der Entwicklung der Automobilwirtschaft sowie der Durchkapitalisierung der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie ruhte, von kons-

stanten Lohnerhöhungen begleitet war und eine enorme Ausweitung des staatlichen Sektors ermöglichte. Es war das zukunfts-gewisse Modell einer Gesellschaft, welche die Politik mit einer geradezu uneingeschränkten Zuständigkeit ausstattete. In nahezu allen Ländern Europas stieg in dieser Zeit die Staatsquote rasant und die Sozialdemokratien erreichten bei Mitgliederzahl und Wählerstimmen Spitzenwerte.

Bereits Anfang der 80er Jahre hat der Soziologe Burkhard Lutz das Ende dieses »kurzen Traumes immerwährender Prosperität« diagnostiziert, und bei Judt lässt sich nachlesen, dass dieses Ende, das bedingt war durch die Marktsättigung bei einer ganzen Reihe von Gebrauchsgütern, einem knappen Arbeitskräfteangebot und starken Lohnerhöhungen und verstärkt war durch die Auflösung des Wechselkursregimes von Bretton Woods, zu inflationären Tendenzen bei gleichzeitiger Stagna-

tion der Wirtschaft führte. Die keynesianische Steuerung war an ihre Grenzen gestoßen, damit allerdings auch die ökonomische Legitimation einer wachsenden Staatsquote und steigender Arbeitseinkommen.

Fürsorge statt Teilhabe?

Es ist wichtig, sich diese Bedingungsfaktoren des »goldenen Zeitalters«, die seine Einmaligkeit ausmachen, zu vergegenwärtigen, um auf Judts leitende Frage, »Was lebt und was ist tot an der sozialen Demokratie«, eine korrekte Antwort geben zu können.

Tot ist die Erwartung, durch staatliche Steuerung ließe sich eine neue Prosperitätskonstellation modellieren, desgleichen die Win-Win-Vorstellung, dass sozialpolitische Maßnahmen per se positive volkswirtschaftliche Effekte zeitigen.

Judt erkennt dieses legitimatorische Defizit sozialdemokratischer Politik zwar an, schlägt aber zur Lösung lediglich eine veränderte Bestimmung der Kosten vor. Der Erfüllung normativer Ansprüche solle selbst ein ökonomischer Wert zukommen. Er plädiert für die Gewährung sozialer Leistungen als allgemeinverbindlichen Rechtsanspruch ohne Bedürftigkeitsprüfung, denn die mit dieser verbundene Demütigung und Erniedrigung könne man »als Kostenfaktor behandel(te)n, als eine Belastung für die Gesellschaft«. Er weitet diese Argumentation zu seinem Kerngedanken einer »guten Gesellschaft« aus, die auf einem »moralischen Narrativ« basiert, das »an die Stelle der eng gefassten ökonomischen Begriffe zu treten (hätte), die unsere Gespräche gegenwärtig beschränken«.

Diese »gute Gesellschaft« Judts ist allerdings weit entfernt von ihrem historischen Vorbild in den 60er Jahren, sie antwortet vielmehr auf das seitdem zu beobachtende Auseinanderfallen von sozialem Zweck und ökonomischen Nutzen staat-

licher Politik, indem sie dem moralischen Wert einer sozialen Leistung einfach einen wirtschaftlichen Preis anheftet. Nun lässt sich ein solcher Preis der Moral, wie auch Judt eingestehen muss, schwerlich bestimmen. Wesentlicher ist allerdings, dass sich in ihm, volkswirtschaftlich betrachtet, Kosten und eben kein Nutzen ausdrücken. Judt hat unzulässigerweise den normativen und den ökonomischen Wertbegriff in eins gesetzt, obgleich ihm klar ist, dass allgemeinverbindliche soziale Rechte »allerdings teuer« sind.

Nun kann eine gute Gesellschaft, der ein würdevolles Leben aller etwas wert ist, sich das einiges kosten lassen. Für ein solches Gesellschaftsmodell ließen sich auch ökonomisch triftige Gründe anbringen, etwa der positive Einfluss sozialer Gerechtigkeit auf Gesundheit, Lebenserwartung und schulische Leistung, wie sie die englischen Wissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett nachgewiesen haben. Mit deren Untersuchungen hätte Judt seine Argumentation glaubhafter unterfüttern können als mit einer Ökonomisierung der Moral, die er eigentlich selbst ablehnt.

Judts »gute Gesellschaft« muss allerdings nicht nur wegen der mangelhaften Übertragbarkeit des historischen Vorbildes in die Jetztzeit hinterfragt werden, sondern auch aufgrund ihrer normativen Widersprüchlichkeit. Eine gute Gesellschaft, die sich darin manifestiert, dass soziale Leistungen als Rechtsanspruch, ohne Prüfung der Bedürftigkeit, gewährt werden, mag dem lautereren Bedürfnis entsprechen, die Betroffenen vor Demütigung zu bewahren, sozialdemokratisch ist diese Gesellschaft jedoch nicht. Es ist die rechtliche Gerinnung einer Fürsorge, die er als Sozialmodell eigentlich ablehnt. Die Fassung sozialer Leistungen als subjektives Recht reduziert die Reziprozität gesellschaftlicher Anerkennungs- und Anrechtebeziehungen auf die Eingleisigkeit von individuellem Anspruch und staatlicher Befriedigung

und abstrahiert von der Arbeit als ökonomischem und normativem Bezugspunkt dieser Beziehungen.

Sie entspricht damit gerade nicht dem sozialdemokratischen Verständnis sozialer Teilhabe, das sich in der Norm der Solidarität manifestierte. Diese war kein einseitiges Anspruchs-, sondern ein wechselseitiges Verpflichtungsverhältnis, das sich auf ein gemeinsames Ziel bezog und innerparteiliche Beziehungen ebenso definierte, wie Systeme der Sozialversicherung. Solidarische Hilfe dient der Befähigung, weiter aktiver Teil des jeweiligen Verbundes zu sein, und diese Hilfe zur Selbsthilfe war die prägende sozialpolitische Norm in den Nachkriegsjahren. Hilfe zur Selbsthilfe bedeutete vor allem die staatliche Ermöglichung der und individuelle Befähigung zur Teilhabe am Arbeitsprozess.

Die Nachkriegsgesellschaft hingegen war noch eine Arbeitsgesellschaft, die zentrale Kategorie wechselseitiger Anerkennung war die Leistung. Vor ihr leiteten sich Ordnungs- und Gerechtigkeitsvorstellungen gerade auch der Arbeiterschaft ab. Diese Vorstellungen beinhalteten auch, dass Anspruch auf solidarische Stützung nur hat, wer zur Leistungserbringung unverschuldet nicht in der Lage ist, und diese Stützung war an die Bereitschaft geknüpft, diesen Umstand möglichst schnell zu ändern.

Rechtsanspruch öffentliche Leistung?

Dieser Grundgedanke der Solidargesellschaft verlor in dem Maße an normativer Kraft, wie einer sinkenden Zahl von Beschäftigten eine steigende Zahl von Arbeitslosen gegenüber stand. Dieser Entwicklung entsprach der Sozialstaat mit einer Politik der Statussicherung gegenüber

jenen, die auf dem Arbeitsmarkt immer weniger Chancen hatten. An die Stelle des Mechanismus von Leistung – Hilfe – Gegenleistung trat der von Judt befürwortete Rechtsanspruch auf öffentliche Leistung und seine staatliche Gewährleistung.

Die Vorstellung einer staatlich herzustellenden Egalität fand bezeichnenderweise erst mit dem beginnenden Niedergang der industriellen Arbeitsgesellschaft und deren gleichzeitig wachsenden Staatsbedürftigkeit in den 70er Jahren Anklang in der sozialdemokratischen Debatte.

Die zeitgemäße politische Fassung von Judts Rechtsanspruch auf öffentliche Leistung ist das sich aus dem Bürgerstatus herleitende bedingungslose Grundeinkommen. Mit ihm wird die Staatsbedürftigkeit zementiert und aus gutem Grund hält die Sozialdemokratie am Gegenmodell der Erwerbsgesellschaft sowohl als Medium der Inklusion und Anerkennung als auch als Grundlage des Sozialstaates fest.

Dies ist allerdings solange kein Fortschrittsprojekt, wie das darin liegende Versprechen durch jedwede Tätigkeit zu jedweder Bezahlung eingelöst werden kann. Die gute Gesellschaft kann nur eine sein, die unter den erschwerenden Bedingungen offener Märkte und internationaler Konkurrenz eine Existenz sichernde Arbeit und damit stabile Solidarbeziehungen ermöglicht. Diese Gesellschaft staatlich zu befördern, bedeutet, Mindeststandards zu definieren und vor allem in Bildung zu investieren. Arbeit, Bildung und lebenslanges Lernen als Anrecht und Verpflichtung ist die zeitgemäße Fassung des Solidarprinzips und es ist der Schlüssel, die beiden Formen des Fortschritts wieder unter einem politischen Begriff zu vereinen. Dazu bedarf es weniger einer rückblickenden *social democracy of fear*, sondern eher einer vorwärts schauenden *social democracy of progress*.